

Obwaldner Zeitung

«Playboy»-Gründer
Hugh Hefner blieb bis
zu seinem Tod ein
Lebemann. 14/22



Freitag, 29. September 2017

AZ 6002 Luzern | Nr. 225 | Fr. 3.50 | € 4.- www.obwaldnerzeitung.ch

Obwalden kommt glimpflich davon

Krankenkassen Zum 22. Mal in Folge seit der Einführung der obligatorischen Krankenversicherung im Jahr 1996 müssen die Krankenkassenprämien angehoben werden. Der Anstieg um 4,0 Prozent entspricht der Verteuerung der letzten Jahre. Wie immer fällt die Kritik harsch aus.

In Obwalden steigen die Prämien für Erwachsene im Durchschnitt um 2,2 Prozent. Happiger ist der Anstieg bei Kindern, wo er 4,3 Prozent beträgt. (red/sda)
Kommentar 6. Spalte 2/3

Französisch: So soll Niveau steigen

Bildung Zentralschweizer Schüler haben ungenügende Französischkenntnisse. Diesen Mangel deckte eine 2015 durchgeführte Untersuchung auf. Eine zusätzliche Analyse zeigte: Ein Hauptgrund ist die fehlende Motivation, besonders unter den Buben.

Um die Lage zu verbessern, schlägt die Bildungsdirektoren-Konferenz der Zentralschweiz ein Massnahmenpaket vor. Das Problem liege nicht an der fehlenden Begeisterung, kritisiert indes ein Lehrerverband. (zar) 29

Teurer Vergleich für Syngenta

Agrochemie Der Saatguthersteller Syngenta hat sich dieser Tage mit US-Klägern auf einen Vergleich geeinigt. Demnach soll ein Fonds für die Ansprüche jener Bauern eingerichtet werden, denen durch die Markteinführung der Genmaissorten Vipitera und Duracade ein finanzieller Schaden entstand.

Zum Volumen des Vergleichsfonds machte Syngenta bislang keine Angaben. Nun zeigt sich: Es sind wohl knapp 1,5 Milliarden Dollar. (red) 11

ANZEIGE

Ist Zahnfleisch-
entzündung
gefährlich?

Früh erkannt, können wir
Parodontitis heilen und üble
Folgen verhindern.

Winkelriedstrasse 37
6003 Luzern
Tel 041 210 58 58
www.ztl.ch ZahnarztTeamLuzern

Nun steigen die Steuern

Obwalden Ohne Steuererhöhung ab 2019 komme der Kanton nicht über die Runden, sagt die Regierung. Das letzte Wort dazu hat in einem Jahr das Volk.

Markus von Rotz
markus.vonrotz@obwaldnerzeitung.ch

2006 machte der Kanton Obwalden schweizweit Schlagzeilen mit seiner Steuerstrategie. Finanzdirektoren anderer Kantone schauten neidisch auf den kleinen Nachbarn, der es sich leisten konnte, die Steuern für natürliche Personen zu senken und für Firmen den tiefsten Gewinnsteuersatz in der Schweiz einzuführen. In grossen Kantonen wäre das wegen der Höhe der Steuerausfälle nicht möglich gewesen. Seither hat Obwalden in mehreren Etappen das Steuergesetz revidiert und auch untere Einkommen entlastet.

«Den Korrekturbedarf kann man nicht nur mit Sparmassnahmen decken.»

Maya Büchi
Obwaldner Finanzdirektorin

Die Kehrseite dieser Politik und der gestiegenen Finanzkraft ist, dass der Kanton vor zehn Jahren noch 90 Millionen Franken an Ausgleichszahlungen erhielt, die nun wegfallen. Weil aber die höheren Steuereinnahmen diese Ausfälle nicht wettmachen können, drohen dem Kanton in den kommenden Jahren hohe Defizite. Daran sind überdies weiterhin steigende Gesundheitskosten und hohe Investitionen schuld.

Die Regierung hat darum gestern ein umfassendes Massnahmenkonzept vorgelegt, das ab 2019 auch eine Steuererhöhung für natürliche Personen und für Firmen beinhaltet. 20 Millionen Franken sollen so zusätzlich her-

einkommen, weitere 20 Millionen will die Regierung einsparen. «Unser Hauptziel ist eine ausgeglichene Erfolgsrechnung auch in Zukunft, um weiterhin wachsen und ein verlässlicher Partner bleiben zu können», sagte Finanzdirektorin Maya Büchi gestern. Der Kanton wird ab 2018 Zahlerkanton beim nationalen Finanzausgleich, die Reserven für die Defizit-Tilgung sind 2019 aufgebraucht. «Den Korrekturbedarf kann man nicht nur mit Sparmassnahmen decken», betonte Büchi weiter, «es braucht auch Mehreinnahmen.» Der Kantonsrat soll im März 2018 und das Volk im Herbst darauf über das Gesamtpaket abstimmen. 25

Kommentar

Tatbeweis steht noch aus

Das Wichtigste vorweg: Wir haben hierzulande ein Gesundheitswesen, das für alle zugänglich ist und in aller Regel Leistungen in guter Qualität erbringt. Wir bezahlen die Gesundheit – vor allem wenn es umso teurer. Nicht nur als Prämien-, sondern auch als Steuerzahler. Das Wachstum der Prämien liegt seit zwei Jahrzehnten über jenem der Gesundheitskosten. Das ist alarmierend genug, auch wenn der «Prämienschock» 2018 etwas moderater ausfällt.

Die entscheidende Frage ist die: Wollen wir die Kosten dämpfen, damit Prämien- und Steuerlast nicht ins Unermessliche wachsen? Oder akzeptieren wir, dass uns die Gesundheit immer mehr kostet – und immer mehr Versicherte Prämienverbilligungen beanspruchen? Schon aus staatspolitischer Verantwortung gibt es nur eins: sparen, wo es nötig und möglich ist, ohne den Versorgungsauftrag zu gefährden. Dabei stehen alle in der Pflicht – Patienten und Dienstleister, für die das Gesundheitswesen nicht länger ein Selbstbedienungsladen sein darf.

Deshalb müssen die Fehlreize für möglichst viele und möglichst teure Behandlungen beseitigt werden. Der umstrittene Eingriff in den Ärztetarif ist ein erster Schritt. Gleichzeitig braucht es eine einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen – sonst wird nicht gemacht, was sinnvoll ist, sondern was sich besser rechnet. Der Tatbeweis ist von den Tarifpartnern – Leistungserbringern und Versicherern – zu erbringen. Sonst wird die Politik am Ende schwer Verdauliches verordnen. Etwa so wie bei den Prämienverbilligungen, wo sich die Kantone landauf, landab gesundsparen.



Balz Bruder
balz.bruder@luzernerzeitung.ch

Polizei übt in Sarnen Ernstfall mit Waffeneinsatz



Sarnen Eine gefährliche Situation, wie sie die Mitarbeiter des AHV-Infocenters in ihrem Alltag erleben könnten: Ein bewaffneter Mann macht seinem Ärger in den Büroräumen Luft, es löst sich gar ein Schuss. Polizei und Rettungsdienst greifen in die realistisch angelegte Übung ein und können die Lage entschärfen. 23

Bild: Robert Hess (Sarnen, 27. September 2017)